

Annal Baerbo

Je



Annalena
Baerbock
Jetzt

Annalena Baerbock Jetzt

Wie wir
unser Land
erneuern

Ullstein

Wir verpflichten uns zu Nachhaltigkeit



- Klimaneutrales Produkt
- Papiere aus nachhaltiger Waldwirtschaft
- ullstein.de/nachhaltigkeit

In Zusammenarbeit mit Michael Ebmeyer



MIX

Papier aus verantwortungsvollen Quellen

FSC® C014496

Ullstein ist ein Verlag der Ullstein Buchverlage GmbH

ISBN 978-3-550-20190-5

© 2021 by Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin

Alle Rechte vorbehalten

Gesetzt aus der Caecilia Pro und der Gotham

Satz: Red Cape Production, Berlin

Druck und Bindearbeiten: GGP Media GmbH, Pößneck

Für meine Oma und all die
Generationen, die so viel erlitten,
erkämpft und geleistet haben und auf
deren Schultern wir heute stehen

Inhalt

Vorwort

Der Mensch im Mittelpunkt

Mittendrin **21**

Schule des Lebens **28**

Herz und Verstand **45**

Die Hälfte der Macht **53**

Verändern, um es besser zu machen

Die Wirklichkeit sehen **69**

Hoffnung Paris **73**

Klimagerechter Wohlstand **80**

Allianzen bilden **84**

In allen Bereichen **86**

Ein Industriepakt für die Zukunft **96**

Plan und Pfad **99**

Mehr Offenheit **109**

Lehren aus der Lausitz **112**

Erneuerung braucht Halt

Vorsorgen fürs Dasein **127**

Goldene Pläne **138**

Ein handlungsfähiger Staat **147**

In unsere Zukunft investieren **156**

Von Staatskritikern zu

Verfassungspatriot*innen **160**

Europäisch handeln

Finden wir unsere Stimme wieder **169**

Stärke des Rechts **174**

Migration und Flucht **181**

Umriss einer transatlantischen Agenda **191**

Strategische Souveränität **203**

Klimaaußenpolitik **215**

Kein Schlusswort 225

Dank 237

Vorwort

Der Rosenthaler Platz in Berlin-Mitte ist eines dieser Viertel, die sich in den letzten dreißig Jahren so häufig und rasant verändert haben, dass man kaum hinterherkommt. Der bauliche Verfall nagte in den 1990er-Jahren an so gut wie jeder der graubraunen Fassaden. Der folgende Stadtumbau Ost brachte nicht nur Anstrich, Sanierung, Kitas und Schulen in die Straßen nördlich vom Alexanderplatz, sondern auch heftige Mieterhöhungen. Für unsere damalige Wohnung, in der meine ältere Tochter ihre ersten Gehversuche machte – kurz nachdem wir noch schnell das Ochsenblut von den alten Diehlen abgeschliffen hatten (einmal und nie wieder) –, zahlt man heute dreimal so viel wie vor zehn Jahren.

Geht man von der turbulenten Kreuzung ein paar Schritte die Brunnenstraße Richtung Weinbergspark, kommt rechts die Nummer 10. Ein trister Eingang zu einem typischen Berliner Hinterhof. Links neben der Tür strömt feuchtwarme Luft aus dem muffigen Trep-

penhaus vom U-Bahnhof Rosenthaler Platz herauf. Darüber prangt in riesigen Buchstaben zwischen den Altbaufenstern über die gesamte Fassade verteilt der Satz: »Dieses Haus stand früher in einem anderen Land.« Und etwas höher, aber dafür muss man auf die andere Straßenseite wechseln, um es wirklich lesen zu können: »Menschlicher Wille kann alles versetzen.«

In unserer jetzigen Wohnung in Potsdam hängt ein Foto dieser Hausfassade. Es erinnert mich nicht nur an die Zeit in dem turbulenten Kiez, die wir dort als junge Familie erlebt haben und in der ich auch anfing, mich politisch zu engagieren. Es erinnert mich auch an die einstmals geteilte Stadt in unserem geteilten Land und an die mutigen Oppositionellen, die vor der Wende in den sanierungsbedürftigen Altbauten Ostberlins wohnten. Wie die Malerin Bärbel Bohley, die sich ein paar Straßen weiter mit anderen Bürgerrechtler*innen in der Zionskirche traf. Die Gemeinderäume wurden 1987 von der Stasi gestürmt, weil in der dortigen Umwelt-Bibliothek »staatsfeindliche« Flugblätter gedruckt wurden.

Das Foto von der Fassade des Hauses aus »einem anderen Land« hängt mittlerweile als beliebtes Mitbringsel in Wohnungen in ganz Deutschland und an vielen anderen Orten auf der Welt. Dass diese Fassade ein Kunstwerk des Werbetexters Jean-Remy von Matt ist, das im Zuge der Gentrifizierung der Gegend in den Nullerjahren entstand, und kein historisches Dokument von Oppositionellen in der DDR, ist gut zu wissen, für mich aber nicht bedeutsam. Was mich daran berührt, ist, erinnert zu werden, dass wir in einem Land leben, in dem Menschen vor gar nicht so langer

Zeit unter widrigen Bedingungen ihre Zukunft in die Hand genommen und eine friedliche Revolution für ihre demokratische Freiheit in Gang gesetzt haben.

Ich bin mit dem Selbstverständnis erwachsen geworden, dass wir in einem vereinten Deutschland und gemeinsamen Europa leben. Eine zugezogene Brandenburgerin, aufgewachsen in einem Dorf bei Hannover. Ich bin Vorsitzende von BÜNDNIS 90/Die Grünen, einer Partei, die aus den neuen sozialen Bewegungen der 1970er-Jahre in Westdeutschland und aus der Bürgerrechtsbewegung in Ostdeutschland entstanden ist. Einer Europa-Partei, die Anfang der 1990er-Jahre tatsächlich mit der europäischen Integration haderte, aus heutiger Perspektive ein historischer Fehler. Ich bin aufgewachsen mit der trügerischen Sicherheit, dass das Zusammenwachsen Europas, die enge Bindung der Demokratien beider Seiten des Atlantiks und gelebte Freiheit in unseren demokratischen Gesellschaften sich fortschreiben.

Aber Zukunft passiert nicht einfach, sie ist kein Schicksal. Sie wird von Menschen gemacht, im Guten wie im Schlechten. Wir haben es in der Hand. Der Wiederaufbau nach dem Krieg, die soziale Marktwirtschaft, der gemeinsame europäische Binnenmarkt, die deutsche Einheit und die EU-Osterweiterung – all das wurde von Menschen vor uns erkämpft, erarbeitet und weitergegeben. Dass wir heute in einem freien, demokratischen und europäischen Deutschland leben dürfen, basiert auf Mut und politischer Weitsicht. Der europäische und internationale Gestaltungswille und die dazugehörige Veränderungsbereitschaft waren immer auch ein Garant für Stabilität, Freiheit und Sicher-

heit. Das, was uns heute stark macht, gründet sich auf dem politischen Willen, in schwierigen Zeiten des Umbruchs vorzuschauen, sich neuen Realitäten zu stellen und konsequent zu handeln. Der Bereitschaft, sich zu erneuern, es besser zu machen. An solch einer historischen Wegscheide stehen wir heute wieder.

Die Politik der letzten Jahre stand eher für das Gegenteil. War geprägt von Mutlosigkeit und einem zaghaften Auf-Sicht-Fahren statt Weitblick. Als könnten wir trotz fundamentaler globaler Veränderung, trotz eines Auseinanderdriftens der Gesellschaft im Grunde so weitermachen wie bisher. Als könnten wir uns weiter irgendwie durchmogeln, mit kleinen Korrekturen hier und da, im Zweifel ein Hilfspaket auflegen – wenn der Schaden da ist und der Druck akut.

Unsere Gesellschaft muss so einen immer größeren Aufwand betreiben, um die Versäumnisse der Vergangenheit auszugleichen. Der Staat fördert beispielsweise nach wie vor mit Milliardensummen ein landwirtschaftliches System, das schlecht für Mensch und Umwelt ist. In der Folge gibt er in toto Unsummen aus, um die Schäden an Wasser, Böden und der Gesundheit wieder zu reparieren. Der Staat musste Großbanken retten, aber die Regulierung des Finanzmarktes lässt immer noch zu wünschen übrig – genauso wie die Bekämpfung von Steuerbetrug. Die Regierung hat die Lufthansa, Karstadt und Tui in der Pandemie mit Steuermilliarden unterstützt, aber dabei die Ökologisierung der Luftfahrtbranche, die Entwicklung von nachhaltigem Tourismus und die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Einzelhandels gegenüber digi-

talen Plattformen wenig vorangebracht. Diese Politik hat den Staat ausgezehrt und zugleich Zweifel an dessen Zukunftsfähigkeit befördert. Die Pandemie hat uns verdeutlicht, wie zerbrechlich auch die stärksten Volkswirtschaften sind, wenn wir weiter im Reparaturmodus verharren. Wie abhängig wir in Europa von globalen Lieferketten sind. Wie fragil europäische Solidarität ist, wenn es darauf ankommt, und wie sehr es im 21. Jahrhundert eine funktionierende globale Kooperation bräuchte, weil die großen Herausforderungen unserer Zeit nur gemeinsam lösbar sind.

Corona hat die Belastungsgrenzen unseres auf Wirtschaftlichkeit heruntergestutzten Gesundheitssystems offengelegt – die Auswirkungen spüren die Menschen, die im Gesundheitsbereich arbeiten, aber auch wir alle, die wir auf eine gute Gesundheitsversorgung überall im Land angewiesen sind. Wir erleben, dass eine pandemische Krise zu einer sozialen Krise wird, wenn die gemeinsamen Orte wie Schulen, Bibliotheken, Schwimmbäder, Theater und Musikschulen wegfallen und wir zurückgeworfen sind auf die privaten Räume. Dass sich Ungleichheit immer weiter verschärft, wenn Familien in manchen Dörfern, aber auch in etlichen Stadtteilen an Homeschooling und Homeoffice scheitern, weil das Netz zu langsam ist. Wir sind meilenweit von gleichwertigen Lebensverhältnissen in unserem Land entfernt, obwohl dieses Ziel im Grundgesetz als Verpflichtung des Staates verankert ist.

Ich bin überzeugt, dass wir es besser machen können. Und müssen. Wir stehen seit einiger Zeit wieder an einer Wegscheide: Die Klimakrise ist das größte Ri-

siko für unsere Freiheit und unseren Wohlstand. Zugleich ist der Pfad zur Klimaneutralität die Chance für eine gerechtere Gesellschaft und den Erfolg auf den Märkten der Zukunft. Wenn wir die dafür nötigen Veränderungen beherzt vorantreiben. Das letzte Jahr hat an so vielen Stellen gezeigt, was in uns steckt, wenn wir uns als Gesellschaft unterhaken, einander vertrauen, klug handeln. Diese Stärke sollten wir nutzen, um gemeinsam unser Land zu erneuern.

In diesem Buch beschreibe ich, wie das gelingen kann und wie wir durch Veränderung Halt geben, im Wissen, dass das Neue, das Unbekannte auch verunsichern kann. Es geht mir nicht um abschließende Antworten auf alle Fragen, sondern um Pfade, die wir aus meiner Sicht einschlagen sollten. Pfade, die schon angelegt sind, die wir aber mutiger und konsequenter beschreiten sollten, damit wir sie auch wirklich gehen.

An so vielen Orten in unserem Land, in unserem Europa ist man schon aufgebrochen, ist das Neue schon Realität: Die Gesundheitsregion, die in einem Modellversuch sicherstellt, dass auch auf dem Land alle gut versorgt sind – weil Ärzt*innen und Pflegekräfte mit Therapeut*innen zusammenarbeiten. Die Kommune, die sich tatsächlich zu hundert Prozent aus erneuerbarer Energie versorgt. Die Schule, die analog und digital lehrt und lernt, nicht nur eine Schulküche im Haus, sondern auch den Musikverein mit an Bord hat.

All das funktioniert vor Ort oftmals nur, weil man von alten, festgefahrenen Pfaden abweicht und beherzt neue Wege geht, Gewohnheiten ändert, teils gegen Widerstände oder als Ausnahme von der Regel. Im

Ausnahmemodus allein aber kommen wir nicht weiter. Die Ausnahmen müssen zur Regel, das Fortschrittliche, das Beste zum neuen Standard werden.

Wir haben alle Voraussetzungen dafür, denn in diesem Land steckt so viel. So viele Menschen, die sich einbringen, so viel Innovation und Leidenschaft, so viel Mut und so viel Tatkraft. Ich will, dass wir diese Kraft entfesseln. Dass wir das Beste in diesem Land ermöglichen. Wir können unsere Industriegesellschaft klimaneutral umbauen. Wir können die soziale Ungleichheit verringern, den Zusammenhalt stärken und Gleichberechtigung verwirklichen. Wir können in bessere Schulen für unsere Kinder, in moderne Polizeiwachen, Verkehrswege, Glasfaserkabel, Krankenhäuser und Gesundheitsämter investieren. Die Ideen dafür liegen auf dem Tisch. Große Teile der Gesellschaft sind bereit, sie umzusetzen. Es braucht jetzt Weitsicht und den politischen Mut, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Es braucht eine Regierung, die etwas Neues wagt, um nicht alles zu riskieren. Die den Menschen zuhört und ihnen etwas zutraut. Eine Politik, die bei aller Notwendigkeit, harte Entscheidungen treffen zu müssen, empathisch und menschlich bleibt.

Jede gute Politik beginnt damit, sich der Wirklichkeit zu stellen. Realitäten anzuerkennen, um sie zu verändern. Aber sie darf damit nicht enden. Statt wie bisher an den Anfang des politischen Handelns die bange Frage zu stellen: Oh je, ob das denn überhaupt möglich ist?, sollten wir uns fragen: Was muss getan werden, damit das Nötige möglich wird?

In der Wissenschaft würde man diesen Ansatz die »wünschenswerte Zukunft« nennen. Er ist das Gegenteil vom Prinzip, sich gegen die auf uns zukommenden Probleme nur noch zu wehren, wenn es nicht mehr anders geht. Wer immer nur von der Gegenwart aus denkt, verharnt in der Kurzfristigkeit und verliert an strategischer Tiefe. Das hat Deutschland und Europa in den vergangenen Jahren gelähmt. Routinen sind genauso begründungspflichtig wie neue Möglichkeiten. Nur weil wir etwas schon lange so machen, muss es nicht (mehr) richtig sein.

Wir kommen aus dieser Schleife raus, wenn wir unsere Werte ernst nehmen, unsere Ziele gemeinsam definieren und diese auch konsequent verfolgen. Wenn wir wieder beschreiben, was wir anstreben. Erklären, was uns antreibt, und dafür starke Bündnisse und Mehrheiten schaffen – dann können wir die Lücke zwischen den Problemen der Gegenwart und einer »wünschenswerten Zukunft« schließen.

Eine klimagerechte Welt in den nächsten drei Jahrzehnten zu bauen bedeutet, vom übergeordneten Ziel her zu denken. Es bedeutet, rückwärts zu zählen, um Hindernisse zu erkennen, den Raum des Machbaren zu erweitern, Grenzen zu testen, Alternativen zu entwickeln und nötige Ressourcen bereitzustellen.

Die junge Generation ist wie keine andere von der Klimakrise betroffen, wenn wir jetzt nicht gegensteuern. Sie hat sich in dieser Pandemie solidarisch gezeigt und zurückgesteckt, obwohl die getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung für junge Menschen hart waren. Seit Jahren fordern sie beharrlich von den politisch Verant-

wortlichen ein, mehr Anstrengungen für eine bessere Zukunft zu unternehmen. Sie mahnen, demonstrieren und appellieren, weil sie selbst nicht an den Hebeln der Macht sitzen. Viele von ihnen dürfen noch nicht einmal wählen oder in politischen Ämtern entscheiden, welchen Kurs unsere Welt nimmt. Aber wir können es.

Wir tragen die Verantwortung für das Ganze. Wir werden unsere Ziele nur dann erreichen, wenn wir – jung und alt – gemeinsam an einem Strang ziehen. Wir können unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht gegeneinander, sondern nur miteinander bewahren. Dieses Miteinander bedeutet für mich aber auch, dass wir die Zukunft der jungen Generation wirklich ernst nehmen – ihre Freiheitsrechte, so wie es uns auch das Bundesverfassungsgericht in einer historischen Entscheidung aufgetragen hat.

Ich gehöre zu einer Generation, die weder jung noch alt ist, sondern mittendrin. Wir sind die erste Generation, die im Bewusstsein der Klimakrise aufgewachsen ist. Eine digitale Generation in einem Land, dem Digitalisierung unerklärlich schwerfällt. Wir sind die erste gesamtdeutsche Generation in einem vereinten Europa. Wie Generationen vor uns leben wir in der Verantwortung für unsere Kinder und in tiefer Verbundenheit mit unseren Eltern. Daraus erwächst für uns eine Aufgabe.

Es ist jetzt gemeinsam an uns, unser Land zu erneuern und in eine neue Epoche zu führen. Indem wir das Erreichte wertschätzen, das Gute bewahren und das Beste für die Zukunft ermöglichen. Ich habe eine klare Vorstellung davon, was in unserem Land nicht

gut ist und wie es stattdessen sein könnte. Neues zu wagen ist Voraussetzung für Gestaltung und damit für die Freiheit künftiger Generationen.

Die Überzeugung, dass demokratische Politik der Ort ist, an dem wir um eine bessere Zukunft für uns alle ringen, bestimmt mein Handeln. Ich empfinde Dankbarkeit, Abgeordnete des Deutschen Bundestages sein zu dürfen. Das geht mir auch nach acht Jahren in diesem Hohen Haus noch so. Wenn ich mal nicht schnell durch die Flure sprinte – was mit »Hackelschuhen«, wie meine Tochter sagt, eh nicht so toll klappt –, sondern für einen Moment innehalte an den kyrillischen Inschriften, die Soldaten der Roten Armee im Jahre 1945 im Reichstagsgebäude hinterlassen haben. Oder mein Blick auf den großen Schriftzug »Der Bevölkerung« im Innenhof fällt, der von Sträuchern und Gräsern überwachsen ist, weil jede*r neue Abgeordnete eine Handvoll Erde aus seinem/ihrer Wahlkreis mitbringt und die Pflanzen, die da wachsen, mittlerweile so bunt sind wie dieses Land selbst. Ja, dann spüre ich immer noch Ehrfurcht. Davor, was für eine Verantwortung ich als Parlamentarierin trage, um Schaden vom Land und von unserer Demokratie abzuwenden und das Beste zu erreichen.

Der Reichstag erinnert auch an die schlimmste Zeit der deutschen Geschichte. Hier wurde das Ermächtigungsgesetz beschlossen, mit dem die Demokratie sich selbst abschaffte und eine Diktatur begründete. Nazis wurden hier demokratisch gewählt. Unsere Demokratie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann und die nicht auf ewig garantiert

sind (frei nach dem Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde). Es kommt auf uns als Bürgerinnen und Bürger unseres Staates an, sie am Leben zu erhalten, es kommt auf die Fundamente des Grundgesetzes und der Institutionen an, auf uns als Abgeordnete, jeden Tag neu für unsere Demokratie zu kämpfen.

Demokratische Macht wird auf Zeit verliehen. Sie muss immer wieder neu begründet und behauptet werden. Sie wird geteilt und kontrolliert. Regeln sind verbindlich und gelten unabhängig von Personen. Fehler können korrigiert werden, weil es nicht nur Schwarz oder Weiß gibt. Die verschiedenen Institutionen bringen ihre Funktionen und Perspektiven zur Geltung, sie gleichen sich aus zum Wohl des Ganzen. Ich bin überzeugt, dass sich eine Demokratie an der Beschaffenheit, der Qualität und Unbestechlichkeit ihrer Institutionen bemisst. In diesem Sinne bin ich Institutionalistin.

Zugleich spüren wir, wie das Vertrauen in Institutionen schwindet. Weil sich unser Verständnis von Politik und Macht mit der Zeit nicht in dem Maße verändert hat wie die Menschen und die Gesellschaft, die in diesen und durch diese Institutionen repräsentiert werden. Demokratie lebt aber davon, dass Menschen sich wiederfinden und einbringen. Sie ist im Grunde niemals vollendet. Politik sollte daher so lernfähig und vielgestaltig sein wie die Gesellschaft selbst. Unsere Parlamente sollten die Lebenswirklichkeit der Menschen widerspiegeln. Sie sollten zugleich eingebettet sein in ein vereintes Europa, um dem Frieden der Welt zu dienen. Auch darum geht's in diesem Buch.

Der Mensch im Mittelpunkt

Mittendrin

Ein Werksbesuch in einer Ölraffinerie in Mitteldeutschland im Sommer 2018. Mich empfängt ein Geschäftsführer, der mir gleich zu Beginn höflich, aber klar zu verstehen gibt, was er von der Programmatik der Grünen hält – nämlich herzlich wenig. Ich versuche, seine Haltung aus seiner Perspektive zu verstehen. Er weiß, wie fordernd ein klimaneutraler Umbau seines Unternehmens sein wird. Und das als wichtiger Arbeitgeber in der eher strukturschwachen Region. Aber genau deshalb bin ich ja da.

Es ist ein stürmischer Sommertag, daher geht es zum Gespräch mit Beschäftigten in den dicht besetzten Pausenraum. Was mir ohnehin lieber ist. Offen und direkt sprechen, zuhören, ohne Kameras. Als Erster

ergreift gleich ein älterer Herr das Wort. Er arbeitet schon seit Jahrzehnten in der Raffinerie und fürchtet, dass ein Ausstieg aus dem Erdöl ein Unternehmen, das eben von diesem lebt, treffen wird – und damit sein eigenes Leben und das seiner Familie. Trotzdem sitzen wir an einem Tisch, von unterschiedlichen Seiten kommend, und sprechen bald über anderes: darüber, wie es ist, wenn im Dorf der Bus nicht fährt und im Nachbarsort der Zug nicht mehr hält. Der Mann fragt sich, ob seine Enkelkinder in der Region leben werden, wenn sie erwachsen sind, oder ob sie auch zu denen gehören werden, die der alten Heimat den Rücken kehren.

Es sind Momente wie diese, die mich fordern und antreiben, die mir helfen, meine politischen Ideen mit der Wirklichkeit abzugleichen und sie anzupassen. Die mich immer wieder spüren lassen, dass wir miteinander leben, nicht gegeneinander – und nach gemeinsamen Wegen suchen müssen. Die verdeutlichen, worum es letztlich geht: den Menschen zu sehen und politisch die Rahmenbedingungen so zu schaffen, damit jede*r in Würde und Freiheit leben kann. Und dass wir diese Rahmenbedingungen immer wieder ändern müssen, wenn große, neue Herausforderungen auf uns zukommen. Das ist für mich Sinn von Politik.

In den vergangenen acht Jahren bin ich als Bundestagsabgeordnete, dann auch als Parteivorsitzende, quer durchs Land gereist. Habe die unterschiedlichsten Menschen in Schulen, Krankenhäusern, Sporthallen, Fabriken, Seniorentreffs oder Jugendclubs getroffen, habe mit ihnen diskutiert, ihre Perspektiven

und ihre Sorgen kennengelernt, Ideen gesammelt. Gescherzt, gestritten, getrauert.

Die Menschen, die sich täglich für andere aufreiben und einsetzen, erwarten nicht, dass die Politik all ihre Probleme löst. Aber sie spüren, dass manches so viel einfacher, so viel besser sein könnte, wenn wir ein paar Dinge ändern, wenn wir die Prioritäten etwas anders setzen würden.

Dafür müssen wir als politisch Verantwortliche aber wissen, wo der Schuh drückt. Und dafür reichen nicht allein die wichtigen Stellungnahmen, Berichte und Excel-Tabellen von Verbänden und Organisationen, in denen es etwa heißt: »Jedes fünfte Kind ist während Corona nicht erreicht worden«, »Pflegekräfte am Limit«, »7 000 Kohlekumpeln droht der Verlust ihres Arbeitsplatzes«. Es macht einen Unterschied, ob man diese Kinder, diese Pflegekräfte, diese Kumpel auch selbst getroffen, gesprochen und erlebt hat.

Als Politikerin habe ich in den vergangenen Jahren erlebt, wie schnell einem der Blick für den konkreten Alltag, die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten abhandenkommen kann. Oftmals gar nicht bewusst, eher schleichend. Man fährt zu einem Besuch, die Presse ist da, möchte noch ein Interview, und das Gespräch mit den Mitarbeitenden fällt dann unter Umständen doch weg, weil der Kalender so eng getaktet ist. Es bleibt ein Gefühl der Unzufriedenheit. Erst recht, weil die Gefahr, sich abzukapseln, in der Politikblase ohnehin so groß ist. Wenn man morgens um 7.30 Uhr das erste parlamentarische Frühstück hat, anschließend Ausschusssitzung, mittags ein Pressegespräch.

Zwischendurch schnell im Bistro des Bundestags etwas isst, um dann zur Abstimmung im Plenum zu eilen. Anschließend folgen im stündlichen Takt ein Treffen mit einer Botschafterin, ein Gespräch mit Vertreter*innen eines Verbandes und schließlich abends noch eine Podiumsdiskussion, bevor einen der Fahrdienst des Bundestages nach Hause bringt. Dann ist man bis 23 Uhr nicht draußen gewesen und hat all das nicht gemacht, was »normal« ist: zum Zug gerannt, schnell die Fahrkarte gekauft, beim Bäcker angestanden, das Kind aus der Kita abgeholt ... Dann hat man eben auch nicht mitbekommen, dass das ABC-Ticket des VBB (Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg) teurer geworden ist, dass sie in der Kita noch immer keine neue Erzieherin gefunden haben und dass der Schreibwarenladen neben der Bäckerei dichtgemacht hat.

Der ehemalige Umweltbundesminister Klaus Töpfer sagte in einem Interview nach dem Ende seiner zweiten Amtszeit bei UNEP, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, er habe erst mal wieder lernen müssen, eine Fahrkarte zu kaufen. Als ich das Gespräch damals las, dachte ich: Wie kann das möglich sein? Als ich dann selbst Bundestagsabgeordnete wurde und erst recht nach den weiteren Schritten in die Spitzenpolitik, merkte ich, wie schnell es gehen kann. Deshalb sage ich mir immer wieder und bitte auch mein Umfeld, mich darauf hinzuweisen: Achte darauf, dass du Wege findest, mit einem Fuß im Alltag zu bleiben.

Das klappt mal so, mal so. Am einfachsten natürlich über meine beiden Töchter. Sie waren schon da, bevor ich mich für den Weg in die Spitzenpolitik als Partei-